

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

3. Sitzung
24. April 2017

Beginn: 11.33 Uhr
Schluss: 13.50 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Oliver Friederici (CDU) erkundigt sich, welche Projekte an der Aktion „Berlin machen“ am 5. und 6. Mai 2017 teilnahmen bzw. sich bislang angemeldet hätten.

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) antwortet, bisher hätten sich über 200 Gruppen angemeldet. Im Rahmen der berlinweiten Aktion für eine saubere Hauptstadt, die seit dem Jahr 2011 unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters stattfinde, würden Parkanlagen, Schulhöfe und -gärten etc. verschönert, aufgeräumt und von Müll befreit. Die BSR stelle Gerätschaften zur Verfügung. Auf vielfachen Wunsch sei der Termin vom Spätsommer in den Mai verlegt worden.

Oliver Friederici (CDU) fragt, wie die Staatssekretärin die Aktionstage durch ihr Amt und ihre Tätigkeit unterstütze.

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) erwidert, sie werde bei der einen oder anderen Aktion dabei sein sowie, gemeinsam mit den jeweils Verantwortlichen, Schulen besuchen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) verweist auf die als Tischvorlage verteilte Übersicht zu den von der Senatskanzlei gesteuerten Aktionen und Terminen der nächsten Monate. Am 29. April 2017 finde unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters und organisiert von der Landesfreiwilligenagentur Berlin die 10. Berliner Freiwilligenbörse statt. An über 100 Ständen werde eine Vielzahl an Möglichkeiten aus unterschiedlichen Engagementbereichen vorgestellt.

Am 16. Oktober 2017 werde der Regierende Bürgermeister zum zweiten Mal Berliner Unternehmen für ihr bürgerschaftliches Engagement mit dem Preis „Engagiert in Berlin“ auszeichnen. Viele Unternehmen hätten sich in den letzten Jahren um die Stärkung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements verdient gemacht, ohne dass dies in der öffentlichen Wahrnehmung stets präsent sei, wenn von Ehrenamt die Rede sei. Der Senat wolle Unternehmen und Arbeitgeber ermutigen, sich jenseits des Profitgedankens zu engagieren und die Kultur des bürgerschaftlichen Engagements in ihren Häusern zu fördern. Die besten drei Unternehmen würden ausgezeichnet. Der Bewerbungszeitraum zur Abgabe von Vorschlägen laufe seit dem 10. April auf der Plattform www.berlin.de/buergeraktiv und ende am 30. Juni. Der Website seien die Vergaberegeln und das Bewerbungsformular zu entnehmen. Sie bitte die Abgeordneten um Unterstützung; wer Unternehmen kenne, die sich im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements stark machten, möge diese darauf hinweisen, dass sie sich für den Unternehmenspreis bewerben könnten.

Am 17. November 2017 finde der 8. Berliner Stiftungstag statt. Aus personellen und Ressourcengründen seitens der Stiftungen werde er nicht, wie noch im letzten Jahr, zugleich mit der Freiwilligenbörse im April stattfinden, da der Fokus der Stiftungen in diesem Monat auf der Stiftungswoche liege, die allerdings nicht von der Senatskanzlei gesteuert werde. Der Stiftungstag werde, auch auf Wunsch der Stiftungen, nicht mehr den Charakter eines Marktplatzes haben, sondern als Veranstaltung durchgeführt, die ihnen auch die Möglichkeit biete, sich untereinander zu vernetzen. Am Abend werde ein Neustifterempfang stattfinden, bei dem jene Stiftungen gewürdigt und in ihrem Engagement unterstützt würden, die neu gegründet worden seien.

BVG und S-Bahn Berlin hätten auch dieses Jahr wieder kostenlose Einzelfahrscheine – 17 000 Stück – für ehrenamtlich Aktive zur Verfügung gestellt. Anfang April sei der Vertrag zwischen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, BVG, S-Bahn und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin unterzeichnet worden. Im vergangenen Jahr seien 14 000 Tickets zur Verfügung gestellt worden. Die Verteilung der Fahrscheine werde über den Paritätischen Wohlfahrtsverband geregelt; eine Übersicht der Vergabestellen in den Stadtteilzentren finde sich auf dessen Website wie auch auf jener der S-Bahn.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU) führt aus, am 11. April 2017 habe der Senat auf Vorlage von Senatorin Lompscher Eckpunkte für die Erarbeitung von Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der Stadtentwicklung beschlossen. Auf bezirklicher Ebene habe beispielsweise das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf sog.

Zukunftstische organisiert, um Leitlinien auf Bezirksebene zu erstellen. Diverse Themenfelder seien hierbei zusammengefasst und veröffentlicht worden. Angesichts der zahlreichen Koordinierungen und gesamtstädtischen Zusammenführungen, die die Staatssekretärin verantworte: Gebe es aus der Senatskanzlei Ansätze zur Erarbeitung von Leitlinien? Wenn ja, wann seien sie gestartet? Wer sei dabei involviert?

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) schlägt angesichts der Anhörung zum Thema Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Berlin vor, dass sie im Rahmen ihrer dortigen Stellungnahme auf die Pläne des Senats eingehe.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld erklärt den ständigen Tagesordnungspunkt für vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Berlin:
Erfahrungen in anderen Städten und Perspektiven
für Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0008](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorstellung der engagementpolitischen Maßnahmen
des Senats**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0007](#)
BuergEnPart

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) führt aus, der Senat habe das ehrenamtliche Engagement in der Stadt insbesondere seit dem Jahr 2000 durch zahlreiche zielgerichtete Maßnahmen und Projekte gefördert. Ein Meilenstein sei das Netz von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen, das stetig vergrößert worden sei. Hierdurch habe das Spektrum des Engagements immer breiter und bunter werden und damit eine neue Beteiligungsstruktur entstehen können.

Nicht nur die Senatskanzlei, auch andere Senatsverwaltungen seien im Bereich Partizipation und Engagement aktiv. So verfolge beispielsweise die Senatsverwaltung für Soziales im Rahmen der Entwicklung der Stadtteilzentren das Ziel, eine flächendeckende Gesamtstruktur dieser Zentren zu verwirklichen. Die bestehenden Stadtteilzentren sollten sukzessive um weitere Angebote erweitert werden. Haushälterisch von Relevanz sei die für den Doppelhaushalt 2018/2019 geplante Mindest- und Grundförderung der Stadtteilzentren in Höhe von

120 000 Euro pro Zentrum; hierfür benötige der Senat die Unterstützung des Abgeordnetenhauses. Die Arbeit dieser Zentren sei zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements enorm wichtig; sie habe kürzlich ein solches Zentrum besucht.

Weitere Schwerpunkt aus dem Ressort Soziales lägen in der systematischen infrastrukturellen Förderung und Finanzierung von Freiwilligenagenturen sowie in der strukturellen Unterstützung der Willkommenseinrichtungen und -bündnisse. Zudem wolle man weiterhin die Landesfreiwilligenagentur als gesamtstädtische Infrastruktur und diverse Projekte fördern.

Mit der Ehrenamtskarte, dem Unternehmenspreis, dem Stiftungstag oder der Aktion „Berlin sagt Danke“ seien Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Anerkennungskultur getroffen worden. Der Senat zeige damit, dass er das Engagement der Menschen würdige und wertschätze.

Die Treffen mit den Akteuren der Engagementlandschaft nutze sie, um zuzuhören, auszuwerten und zu klären, wo Berlin derzeit stehe. Die Landschaft sei vielfältig und von zahlreichen Organisationen, Projekten und Akteuren geprägt, die in Sachen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aktiv seien. Neben der Chance, die sie darin erkenne, stellten sich aber auch Herausforderungen und die Frage, wie die Vielzahl der Initiativen noch besser miteinander verzahnt werden könne, wie strategische Partnerschaften, mehr Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen unterstützt und Synergieeffekte erzielt werden könnten. Sie sei der Ansicht, dass man hier auf einem recht guten Weg sei; dies bestätigten alle Akteure, mit denen sie in den letzten Wochen gesprochen habe. Sie fühlten sich mit ihren Interessen vom Senat ernst genommen. Andererseits seien sie gemeinsam mit dem Senat der Meinung, dass noch Potenzial bestehe, was die Verzahnung der Projekte und Organisationen angehe.

In den zahlreichen Gesprächen werde sie immer wieder auf die Entwicklung einer Engagementstrategie angesprochen. Dabei seien zwei Denkschulen auszumachen – eine, wonach eine klare Strategie, klare Strukturen und ein klarer Rahmen benötigt würden, innerhalb dessen alle im bürgerschaftlichen Engagement Aktiven tätig sein müssten, sowie eine andere, wonach der Senat aufgerufen sei, Strukturen zu schaffen, zu steuern und eine flächendeckende Stärkung der Infrastruktur zu organisieren, er hingegen nicht von A bis Z vorgeben sollte, wie eine Engagementstrategie auszusehen habe. Sie befürworte eher die Ansicht der zweiten Denkschule – keine staatliche Steuerung, kein vorgegebenes Raster, wie sich Organisationen und Initiativen in der Engagementlandschaft zu bewegen hätten. Der Senat habe hiernach die Aufgabe – und so verstehe sie auch ihre Rolle in dem Zusammenhang –, die Akteure zu unterstützen, zu stärken und strukturelle Maßnahmen sowie eine Infrastruktur für sie zu schaffen. Dies tue der Senat, z. B. mit der Landesfreiwilligenagentur und vielen anderen Institutionen. Er schaffe Planungssicherheit, indem er entsprechende Posten im Haushalt verankere, mache aber keine Vorgaben.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU) bestätigt die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin; den Aktiven gebührten Respekt und Anerkennung. – Sie verweise noch einmal auf die von Senatorin Lompscher entwickelten Eckpunkte für die Erarbeitung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung bei Projekten der Stadtentwicklung. Begrüßenswert sei auch der Kooperationsvertrag, den Senatorin Breitenbach mit BVG, S-Bahn und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband über die kostenlosen Einzelfahrscheine für ehrenamtlich Engagierte geschlossen habe. Auf der Website der Senatsverwaltung werde Staatssekretärin Chebli als

zentrale Ansprechpartnerin, Moderatorin und Impulsgeberin benannt. In der Koalitionsvereinbarung verpflichtete sich die Koalition zu einer Politik des bürgernahen, partizipativen und solidarischen Regierens. Welche Impulse könne die Staatssekretärin hierbei geben?

In der letzten Anhörung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation zum Thema „Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin“ sei deutlich geworden, dass die Staatssekretärin hier eine gewisse Altlast übernehme. Der Vertreterin der Landesfreiwilligenagentur Berlin zufolge habe das Land in dem Bereich abgestimmte Landesstrategie einen 17 Jahre währenden Entwicklungsstau zu verzeichnen. Die Themenfelder Struktur, Partizipationsförderung, Planungssicherheit für Träger, bessere Verzahnung und Zusammenarbeit zwischen Senat, Bezirken, Ehrenamt und Profession seien bekannt. Welche zusätzlichen Akzente wolle die Staatssekretärin als Impulsgeberin setzen?

Marion Platta (LINKE) merkt an, bislang habe der Senat nur wenige Stadtteilzentren finanziell unterstützt. Beziehe sich die erwähnte Erweiterung der Angebote auch auf die Anzahl der Zentren? Oder würden innerhalb der bereits bestehenden Stadtteilzentren zusätzliche Angebote aufgenommen, die durch freie Träger und andere Einrichtungen möglicherweise bereits vorhanden seien?

In der letzten Legislaturperiode habe sich der Ausschuss ausführlich mit der Anerkennungskultur des Landes befasst; die Ehrenamtskarte sei hierbei ein wichtiges Instrument zur Würdigung des geleisteten Engagements. Von den 4 500 jährlich zur Verfügung stehenden Karten seien zuletzt nicht einmal die Hälfte nachgefragt worden. Anfang des Jahres hätten Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Ehrenamtskarte beschlossen. Werde die Karte mittlerweile stärker nachgefragt? Spiele die Neuausrichtung der Ehrenamtskarte und die Kooperation mit Brandenburg dabei bereits eine Rolle, oder habe ggf. die Diskussion über die Karte deren Bekanntheitsgrad erhöht?

Werde es für die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Vielzahl der unterschiedlichen Einrichtungen, Bezeichnungen und Aufgabenstellungen – Freiwilligenagenturen, Willkommenszentren etc. – nicht zunehmend komplizierter, sich Anregung und Unterstützung für ihr Engagement zu holen? Sei es nicht sinnvoll, über die Internetplattform www.berlin.de/buergeraktiv hinaus noch stärker zu verdeutlichen, welche Einrichtungen in Berlin existierten, wenn man sich ehrenamtlich engagieren wolle?

Ülker Radziwill (SPD) dankt der Staatssekretärin für den Überblick zur Engagementstrategie des Landes wie auch für die als Tischvorlage verteilte Terminübersicht. Sie unterstütze die geplante finanzielle Erhöhung zur Förderung der Stadtteilzentren. In der vergangenen Legislaturperiode sei dafür gesorgt worden, dass in jedem Bezirk mindestens ein Stadtteilzentrum existiere. Ziel sei es, die Dichte der Zentren zu erhöhen; insofern seien insgesamt mehr Mittel im Gesamtbudget erforderlich. Begrüßenswert sei auch, dass die Basisförderung erhöht werden solle. Bislang erhielten die Zentren eine Grundfinanzierung von 80 000 Euro plus 20 000 Euro, wenn der Bereich Selbsthilfe angeboten werde. Die Zentren würden eine enorme Anzahl von Ehrenamtlichen und Engagierten binden; sie böten einen Ort, an dem Dialog und Begegnung stattfinden könnten.

Den von Frau Abg. Demirbüken-Wegner zitierten Entwicklungsstau sehe ihre Fraktion an der Stelle und in der Form nicht. Es existierten unterschiedliche Sichtweisen auf die Engagement-

landschaft wie auch verschiedene Entwicklungsstränge; für den einen gehe der eine Bereich schnell, für den anderen nicht schnell genug voran. Sie begrüße, dass die Staatssekretärin die Denkschule präferiere, die stärker die Vielfalt im Blick habe und kein Korsett für alles vorsehe.

Hella Dunger-Löper habe in ihrer früheren Funktion als Staatssekretärin bei SenStadt ein Handbuch zur Partizipation für den Bereich Bauen herausgegeben. Sie rege an, dass der Ausschuss sich damit befasse, um zu klären, wo Berlin einst gestanden habe und wohin sich das Land entwickeln sollte. Ein solcher Dialogprozess laufe bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU) stellt klar, sie habe nicht die vielfältigen Angebote und unterschiedlichen Richtungen gemeint, sondern von der abgestimmten Landesstrategie gesprochen. Es gehe darum, eine echte Struktur, Partizipation und Förderung mit Planungssicherheit für die Träger und die Zivilgesellschaft in die Wege zu leiten. Die Rede sei von einer besseren Verzahnung der Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken, Ehrenamt und Profession gewesen, worauf auch die Anzuhörenden der heutigen Sitzung eingegangen seien.

Ulker Radziwill (SPD) merkt an, nicht für alle, wohl aber für einige Projekte und Träger, beispielsweise für die Stadtteilzentren, bestehe eine fünfjährige Planungssicherheit.
– [Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Der Oberbegriff heißt Landesstrategie!] – Darin liege letztlich der Streitpunkt; sie bezweifle, dass eine einzige Strategie für alle gelten könne. Die Auswertung dazu werde im Ausschuss folgen.

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl) teilt mit, nach nur vier Monaten seien bereits 2 400 Ehrenamtskarten ausgegeben worden, insofern sei ein Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen. Das Interesse sei größer als zuvor, wobei auch die Voraussetzungen zum Erhalt der Karte gesenkt worden seien und mehr Unternehmen sich mit Angeboten beteiligten. Man sehe sich hier auf einem guten und richtigen Weg, wenngleich die Ehrenamtskarte ihrer Ansicht nach noch attraktiver gestaltet werden könnte. Sie stehe dazu in Gesprächen mit Brandenburg. Sie würde sich über die Teilnahme weiterer Unternehmen wie auch darüber freuen, würde die Ehrenamtskarte in der Öffentlichkeit noch mehr Beachtung finden und auch diejenigen erreichen, die einen Bedarf hätten und die Karte benötigten, um ihrem Engagement nachgehen zu können. Ihr Interesse, die Attraktivität der Karte weiter zu steigern, sei sehr ausgeprägt.

Bei den Stadtteilzentren gehe es um eine flächendeckende Gesamtstruktur. Der Senat wolle die bestehenden Zentren sukzessive um weitere Angebote in den Prognoseräumen erweitern, was auch eine geografisch-lokale Erweiterung, also mehrere Zentren im Bezirk, bedeute.

Zur Frage, ob die Vielzahl der Akteure die an einem Ehrenamt Interessierten überfordere: Die Vielfalt sei auch etwas Schönes, da sie zeige, dass sich viele Menschen in der Stadt engagierten – je mehr, umso besser. Wichtig sei aber, und das sei auch das Ziel des Senats, die Initiativen miteinander zu verzahnen, damit Ressourcen nicht verschwendet und Potenziale nicht schwinden würden. Häufig entstehe auch eine Konkurrenzsituation, die sie gerne beseitigt sähe. Wesentlich sei, dass diejenigen, die sich engagieren wollten, dieses umsetzen könnten und dass der Senat, die Politik sie darin unterstütze. Dabei sollte man sich nicht in Kompetenzrängeleien verheddern; Initiativen, die dieselbe Sache machten, sollten sich nach Möglichkeit zusammentun. Sie gehe nicht davon aus, dass es ihr in fünf Jahren gelinge, die gesam-

te Landschaft zu verändern, hingegen möchte sie dazu beitragen, dass Synergieeffekte entstünden und Ressourcen gebündelt statt vergeudet würden, was sie heute schon beobachte.

Sie habe nicht den Eindruck eines langjährigen Entwicklungsstaus; zumindest habe ihr in den zahlreichen Gesprächen niemand davon berichtet. Hingegen äußerten viele Akteure den Wunsch nach Planungssicherheit. Dies geschehe durchaus, bei den Stadtteilzentren, der Landesfreiwilligenagentur wie auch bei vielen anderen Projekten, die, auch strukturell, gefördert würden.

Ihre Vorstellung, wie sie ihre Tätigkeit in Sachen bürgerschaftliches Engagement ausfüllen wolle, habe sie dargelegt. Die Senatskanzlei habe den Anspruch, die Organisationen zusammenzubringen. Sie werde künftig, zusammen mit anderen Verwaltungen, voraussichtlich auch Runde Tische organisieren, um die Akteure zusammenzuführen und einen Überblick zu erhalten, was in der Stadt passiere. Sie habe durchaus den Anspruch, die Fäden zusammenzuhalten und eine Struktur zu geben, wobei sie kein klares Raster vorgeben und die Akteure nicht in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken wolle. Sie wolle sie unterstützen und einen Rahmen bieten.

Einen persönlichen Schwerpunkt wolle sie beim Thema Stärkung der Demokratie setzen. Nicht nur in Deutschland, auch in Europa zerrten Fliehkräfte an den Rändern der Gesellschaft und agierten demokratiegefährdend. Sie wolle Initiativen unterstützen, die das Ziel verfolgten, die Demokratie zu verteidigten, was in Form des bürgerschaftlichen Engagements geschehe sowie auch in Form der Erweiterung von Zielgruppen, beispielsweise durch die Ansprache von Migranten und Flüchtlingen. Dabei sollten auch die Menschen einbezogen werden, die das Gefühl hätten, dass die Politik sie nicht mehr anspreche, bzw. diejenigen, die sich abgehängt fühlten – oder es auch seien – und verunsichert seien durch das, was in Berlin und deutschlandweit geschehe. Sie wolle diese Menschen ansprechen, mit ihnen in einen Dialog treten und für sie da sein.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.